

Antrag 19/I/2022**AG Selbst Aktiv Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Stärkung der politischen Partizipation und Repräsentanz von Menschen mit Beeinträchtigungen in und durch die SPD**

1 Wir Sozialdemokrat*innen wollen aktive Interessensver-
 2 treter*innen für eine inklusive, diskriminierungsfreie und
 3 partizipative (Stadt-)Gesellschaft sein. Mit einer engagier-
 4 ten Teilhabepolitik fördern wir aktiv die selbstbestimmte
 5 Lebensführung und die volle, wirksame und gleichberech-
 6 tigte Teilhabe aller Menschen mit Beeinträchtigungen
 7 und/oder psychischen und/oder chronischen Erkrankun-
 8 gen in ihrer Vielfalt. Unser Ziel ist die gleiche ungehin-
 9 derte Teilhabe für alle über den gesamten Lebenslauf in al-
 10 len Lebensbereichen. Für uns ist eine umfassende Barriere-
 11 refreiheit ein bedeutsamer Qualitätsstandard einer mo-
 12 dernen Politik und Infrastruktur.

13

14 „Demokratie braucht Inklusion“ (Jürgen Dusel). Wir Sozi-
 15 aldemokrat*innen mit und ohne Beeinträchtigung kämp-
 16 fen für Selbstbestimmung und politische Partizipation
 17 und Repräsentanz von Menschen mit Beeinträchtigun-
 18 gen. Wir stärken ihre Chancen zur tatsächlichen Umset-
 19 zung des aktiven und passiven Wahlrechts für alle Man-
 20 date, Ämter und Funktionen auf allen föderalen Ebenen.
 21 Wir wollen eine Gleichheit stärkende Teilhabepolitik und
 22 engagieren uns in der Behindertenbewegung, so wie wir
 23 es beispielsweise in der Frauen- und Genderbewegung, in
 24 der LSBTTIQ-Bewegung auch tun.

25

26 Wir fordern den SPD-Landesvorstand auf, spätestens zum
 27 ersten Landesparteitag in 2023 einen Bericht nach dem
 28 Vorbild des Gleichstellungsberichtes vorzulegen. Dieser
 29 muss Auskunft geben u.a.:

30

- 31 • über die tatsächlich erreichten Ziele des vom
 32 SPD-Landesparteitag 2017 beschlossenen Antrages
 33 82/I/2017 Inklusionsplan der SPD Berlin 2017-2023
 34 und die zur Zielerreichung entwickelten und zum
 35 Einsatz gekommenen Maßnahmen und Ressourcen;
 36
- 37 • über die sich gezielt auch an Menschen mit Beein-
 38 trächtigungen Rekrutierungs- und Willkommens-
 39 maßnahmen, die deutlich machen, dass wir als SPD
 40 eine moderne und vielfältige Partei sind, die für
 41 eine gleichberechtigte politische Teilhabe eines je-
 42 den Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen
 43 kämpft;
- 44 • über Aktionen und gemeinsame Bündnisarbeit mit
 45 entsprechenden Vereinen, Trägern und Einrichtun-
 46 gen;
- 47 • über die noch in 2022 zu erfolgenden Abfragen u.a.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Wir Sozialdemokrat*innen wollen aktive Interessensver-
 treter*innen für eine inklusive, diskriminierungsfreie und
 partizipative (Stadt-)Gesellschaft sein. Mit einer engagier-
 ten Teilhabepolitik fördern wir aktiv die selbstbestimmte
 Lebensführung und die volle, wirksame und gleichberech-
 tigte Teilhabe aller Menschen mit Beeinträchtigun-
 gen und/oder psychischen und/oder chronischen Erkrankun-
 gen in ihrer Vielfalt. Unser Ziel ist die gleiche ungehin-
 derte Teilhabe für alle über den gesamten Lebenslauf in al-
 len Lebensbereichen. Für uns ist eine umfassende Barriere-
 freiheit ein bedeutsamer Qualitätsstandard einer mo-
 dernen Politik und Infrastruktur.

Wir Sozialdemokrat*innen mit und ohne Beeinträchti-
 gung kämpfen für Selbstbestimmung und politische Par-
 tizipation und Repräsentanz von Menschen mit Beein-
 trächtigungen. Wir stärken ihre Chancen zur tatsächlichen
 Umsetzung des aktiven und passiven Wahlrechts für alle
 Mandate, Ämter und Funktionen auf allen föderalen Ebe-
 nen. Wir wollen eine Gleichheit stärkende Teilhabepoli-
 tik und engagieren uns in der Behindertenbewegung, so
 wie wir es beispielsweise in der Frauen- und Genderbewe-
 gung, in der LSBTTIQ-Bewegung auch tun.

Wir fordern den SPD-Landesvorstand auf, spätestens zum
 ersten Landesparteitag in 2023 einen Bericht nach dem
 Vorbild des Gleichstellungsberichtes vorzulegen. Dieser
 muss Auskunft geben u.a.:

- über die tatsächlich erreichten Ziele des vom
 SPD-Landesparteitag 2017 beschlossenen Antrages
 82/I/2017 Inklusionsplan der SPD Berlin 2017-2023
 und die zur Zielerreichung entwickelten und zum
 Einsatz gekommenen Maßnahmen und Ressourcen;
- über die sich gezielt auch an Menschen mit Beein-
 trächtigungen Rekrutierungs- und Willkommens-
 maßnahmen, die deutlich machen, dass wir als SPD
 eine moderne und vielfältige Partei sind, die für
 eine gleichberechtigte politische Teilhabe eines je-
 den Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen
 kämpft;
- über Aktionen und gemeinsame Bündnisarbeit mit
 entsprechenden Vereinen, Trägern und Einrichtun-
 gen;
- über die noch in 2022 zu erfolgenden Abfragen u.a.
- zur baulichen, digitalen und kommunikativen Bar-

- 48 • zur baulichen, digitalen und kommunikativen Bar-
 49 rierefreiheit im KSH und in den Kreisbüros aber auch
 50 in den Wahlkreis- bzw. Bürger*innenbüros unse-
 51 rer sozialdemokratischen Mandatsträger*innen auf
 52 Bundes- und Landesebene
 53 • zur Beschäftigtenzahl von Menschen mit Beein-
 54 trüchtigungen in der SPD und bei unseren Parlamen-
 55 tarier*innen;
 56 • über die Entwicklungslinien gemäß des (Dis-)Ability
 57 Mainstreaming zur Fortschreibung des zweiten In-
 58 klusionsplanes 2023-2025, der spätestens auf dem
 59 zweiten SPD-Landesparteitag 2023 zu verabschie-
 60 den ist.

61
 62 Wir fordern die einzelnen sozialdemokratischen Amts-
 63 träger*innen auf Landes- und Bezirksebene bis zum ers-
 64 ten LPT bzw. bis zur ersten KDV 2023 auf, dem SPD-
 65 Landesparteitag bzw. den Kreisdelegiertenversammlun-
 66 gen jährlich einen Bericht vorzulegen, aus dem mindes-
 67 tens hervorgeht, u.a.

- 68
 69 • welche vielfaltsfördernden Maßnahmen sie im In-
 70 teresse aller bzw. der bezirklichen Berliner*innen
 71 mit Beeinträchtigungen erreicht haben;
 72 • wie nachvollzieh- und messbar erfolgreich sie bei
 73 der Umsetzung des Landesgleichberechtigungsges-
 74 etzes (LGBG) sind;
 75 • welche Verbesserungen sie personalpolitisch in ih-
 76 ren Senatsverwaltungen bzw. Geschäftsbereichen
 77 hinsichtlich der Anstellung von Menschen mit Be-
 78 einträchtigungen erreicht haben.

79
 80 Die Aussagen sollen erkennen lassen, mit welchen Finan-
 81 zen die einzelnen Teilhabe-Maßnahmen gegenwärtig als
 82 auch künftig hinterlegt sind.

83
 84 Wir fordern die einzelnen Parlamentarier*innen (Abge-
 85 ordnete und Verordnete) – zumindest im Rahmen eines
 86 gemeinsamen Beschlusses ihrer jeweiligen Fraktion oder
 87 Landesgruppe – bis zum ersten LPT bzw. der ersten KDV
 88 2023 auf, dem SPD-Landesparteitag bzw. den Kreisdele-
 89 giertenversammlungen jährlich einen Bericht vorzulegen,
 90 aus dem hervorgeht, u.a.

- 91
 92 • welche Anstrengungen unternommen bzw. welche
 93 Erfolge erreicht wurden, um die parlamentarischen
 94 Strukturen (u.a. durch
 95 • Geschäftsordnungsänderungen) so zu verbessern,
 96 dass gewährleistet wird, dass ein Mensch mit Beein-
 97 trüchtigung in der Ausübung eines politischen Man-
 98 dats nicht behindert wird,
 99 • wie z.B. der Landesbehindertenbeirat oder die be-
 100 zirklichen Beiräte für die Belange der Menschen mit

rierefreiheit im KSH und in den Kreisbüros aber auch
 in den Wahlkreis- bzw. Bürger*innenbüros unse-
 rer sozialdemokratischen Mandatsträger*innen auf
 Bundes- und Landesebene

- zur Beschäftigtenzahl von Menschen mit Beein-
 trüchtigungen in der SPD und bei unseren Parlamen-
 tarier*innen;
- über die Entwicklungslinien gemäß des (Dis-)Ability
 Mainstreaming zur Fortschreibung des zweiten In-
 klusionsplanes 2023-2025, der spätestens auf dem
 zweiten SPD-Landesparteitag 2023 zu verabschie-
 den ist.

Wir fordern die einzelnen sozialdemokratischen Amtsträ-
 ger*innen - **zumindest im Rahmen eines gemeinsamen
 Beschlusses ihrer jeweiligen Fraktion oder Landesgruppe
 – auf Landes- und Bezirksebene dazu auf, auf dem zwei-
 tem LPT 2023 und dem zweiten LPT 2025 bzw. auf der
 zweiten KDV 2023 und der zweiten KDV 2025, dem SPD-
 Landesparteitag bzw. den Kreisdelegiertenversammlun-
 gen einen Bericht vorzulegen, aus dem mindestens her-
 vorgeht, u. a.**

- welche vielfaltsfördernden Maßnahmen sie im In-
 teresse aller bzw. der bezirklichen Berliner*innen
 mit Beeinträchtigungen erreicht haben;
- wie nachvollzieh- und messbar erfolgreich sie bei
 der Umsetzung des Landesgleichberechtigungsges-
 etzes (LGBG) sind;
- welche Verbesserungen sie personalpolitisch in ih-
 ren Senatsverwaltungen bzw. Geschäftsbereichen
 hinsichtlich der Anstellung von Menschen mit Be-
 einträchtigungen erreicht haben.

Die Aussagen sollen erkennen lassen, mit welchen Finan-
 zen die einzelnen Teilhabe-Maßnahmen gegenwärtig als
 auch künftig hinterlegt sind.

**Wir fordern die einzelnen sozialdemokratischen Parla-
 mentarier*innen (Abgeordnete und Verordnete) – zumin-
 dest im Rahmen eines gemeinsamen Beschlusses ihrer je-
 weiligen Fraktion oder Landesgruppe – dazu auf, auf dem
 zweiten LPT 2023 und dem zweiten LPT 2025 bzw. auf der
 zweiten KDV 2023 und der zweiten KDV 2025 dem SPD
 Landesparteitag bzw. den Kreisdelegiertenversammlun-
 gen einen Bericht vorzulegen, aus dem hervorgeht, u.a.**

- welche Anstrengungen unternommen bzw. welche
 Erfolge erreicht wurden, um die parlamentarischen
 Strukturen (u.a. durch
- Geschäftsordnungsänderungen) so zu verbessern,
 dass gewährleistet wird, dass ein Mensch mit Beein-
 trüchtigung in der Ausübung eines politischen Man-

101 Behinderungen in unseren sozialdemokratisch ver-
 102 antworteten Strukturen einen direkten Zugang zu
 103 parlamentarischen Entscheidungsprozessen haben
 104 und wie viele Treffen mit der* Bundes-, Landes- oder
 105 Bezirksbeauftragten für die Belange der Menschen
 106 mit Behinderung stattgefunden hat.

107
 108 In allen Berichten sollen Leuchtturmprojekte benannt
 109 werden, die eine diskriminierungsfreie Gleichstellungsar-
 110 beit der SPD im Interesse von Menschen mit Behinderun-
 111 gen deutlich herausstellen.

112
 113 Nichts über uns ohne uns

114
 115 Sozialdemokratische Politik ist nach innen und au-
 116 ßen dem menschenrechtsbasierten Ansatz der UN-
 117 Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verpflichtet. Eine
 118 inklusive Gesellschaft, eine inklusive SPD werden wir nur
 119 unter partizipativer Einbeziehung sachkundiger und/oder
 120 selbstbetroffener Genoss*innen und ggf. zivilgesellschaft-
 121 licher Selbstvertretungs- und Engagementorganisationen
 122 erreichen können.

123
 124 Um tatsächliche Erfolge für eine gleichwertige Teilhabe
 125 für alle Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen in
 126 absehbarer Zeit zu erzielen, braucht es personelle und fi-
 127 nanzielle Ressourcen:

- 128
- 129 • Wir benötigen mehr SPD-Maßnahmen und Bil-
 130 dungsangebote zur Stärkung unserer Bewusstseins-
 131 förderung, generellen Sensibilisierung und zum Em-
 132 powerment für Genoss*innen mit und ohne Beein-
 133 trächtigungen, um unsere Wahrnehmung für ge-
 134 gebene Be-Hinderungen und Diskriminierungen bei
 135 allen Parteimitgliedern zu schärfen.
 - 136 • Wir benötigen mindestens auf der SPD-
 137 Landesebene einen ausreichend ausgestatteten
 138 Fonds zur unbürokratischen Zurverfügungstellung
 139 von Hilfen zur Herstellung einer umfassenden
 140 Barrierefreiheit für alle Gliederungen der SPD
 141 Berlin.
 - 142 • Notwendig ist auch der Aufbau von noch mehr Kom-
 143 petenz im KSH im Rahmen einer Personalstelle „In-
 144 klusionsmanager*in“.

145
 146 Wir brauchen diese Ressourcen, um gesamtgesellschaft-
 147 lich, insbesondere aber auch in der Teilhabebewegung als
 148 kraftvolle Akteurin zur Herstellung gleichwertiger Lebens-
 149 verhältnisse und politischer Teilhabe von über 600.000
 150 Berliner*innen wahrgenommen zu werden.

151
 152 **Begründung**

153 Auch Menschen mit Beeinträchtigungen wollen sich po-

dats nicht behindert wird,

- wie z.B. der Landesbehindertenbeirat oder die be-
 zirklichen Beiräte für die Belange der Menschen mit
 Behinderungen in unseren sozialdemokratisch ver-
 antworteten Strukturen einen direkten Zugang zu
 parlamentarischen Entscheidungsprozessen haben
 und wie viele Treffen mit der* Bundes-, Landes- oder
 Bezirksbeauftragten für die Belange der Menschen
 mit Behinderung stattgefunden hat.

In allen Berichten sollen Leuchtturmprojekte benannt
 werden, die eine diskriminierungsfreie Gleichstellungsar-
 beit der SPD im Interesse von Menschen mit Behinderun-
 gen deutlich herausstellen.

Nichts über uns ohne uns

Sozialdemokratische Politik ist nach innen und au-
 ßen dem menschenrechtsbasierten Ansatz der UN-
 Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verpflichtet. Eine
 inklusive Gesellschaft, eine inklusive SPD werden wir nur
 unter partizipativer Einbeziehung sachkundiger und/oder
 selbstbetroffener Genoss*innen und ggf. zivilgesellschaft-
 licher Selbstvertretungs- und Engagementorganisationen
 erreichen können.

Um tatsächliche Erfolge für eine gleichwertige Teilhabe
 für alle Menschen mit und ohne Beeinträchtigungen in
 absehbarer Zeit zu erzielen, braucht es personelle und fi-
 nanzielle Ressourcen:

- Wir benötigen mehr SPD-Maßnahmen und Bil-
 dungsangebote zur Stärkung unserer Bewusstseins-
 förderung, generellen Sensibilisierung und zum Em-
 powerment für Genoss*innen mit und ohne Beein-
 trächtigungen, um unsere Wahrnehmung für ge-
 gebene Be-Hinderungen und Diskriminierungen bei
 allen Parteimitgliedern zu schärfen.
- Wir benötigen mindestens auf der SPD-
 Landesebene einen ausreichend ausgestatteten
 Fonds zur unbürokratischen Zurverfügungstellung
 von Hilfen zur Herstellung einer umfassenden
 Barrierefreiheit für alle Gliederungen der SPD
 Berlin.
- Notwendig ist auch der Aufbau von noch mehr Kom-
 petenz im KSH im Rahmen einer Personalstelle „In-
 klusionsmanager*in“.

Wir brauchen diese Ressourcen, um gesamtgesellschaft-
 lich, insbesondere aber auch in der Teilhabebewegung als
 kraftvolle Akteurin zur Herstellung gleichwertiger Lebens-
 verhältnisse und politischer Teilhabe von über 600.000
 Berliner*innen wahrgenommen zu werden.

154 litisch in Parteien engagieren, wollen ggf. für das Euro-
155 päische Parlament, den Bundestag, das Abgeordneten-
156 haus oder die Bezirksverordnetenversammlung kandidie-
157 ren und sich hier verantwortungsvoll für unser Gemein-
158 wohl einsetzen. Derzeit ist unsere Parteikultur noch nicht
159 vielfältig, barrierefrei und offen genug, um allen an sozial-
160 demokratischer Politik Interessierten eine politische Hei-
161 mat zu sein. Damit sich dieses ändert, wollen wir bei al-
162 len Bürger*innen, bei allen Genoss*innen die Gewissheit
163 stärken, dass sie gleichgestellt bei politischen Entschei-
164 dungsprozessen mitentscheiden können und vorurteils-
165 und diskriminierungsfrei auch gleiche Chancen zur Aus-
166 übung des aktiven und passiven Wahlrechts für alle Man-
167 date, Ämter und Funktionen auf allen föderalen Ebenen
168 haben.